



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen	6
4.	Türkische Zyprioten	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Innenpolitische Entwicklungen	7
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	8

FES NEWS

- bitte besuchen Sie uns auf -

www.facebook.com/FEScyprus

www.fescyprus.org

1. Das Zypernproblem

Im Dezember stand während verschiedener Treffen die Wiederaufnahme der Friedensgespräche im Mittelpunkt. Obwohl die politische Führung keinen Weg fand, die Gespräche wieder aufzunehmen, haben Mitglieder der Zivilgesellschaft beider Seiten ihre Bereitschaft für Aussöhnung und Wiedervereinigung klar zum Ausdruck gebracht.

Am 16. Dezember kam Espen Barth Eide, der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs, nach Zypern um getrennte Gespräche mit den jeweiligen türkisch- und griechisch-zypriotischen Verhandlungsführern, Ergun Olgun bzw. Andreas Mavroyiannis, zu führen. Eide wollte mit Hilfe der Treffen eine Einschätzung der gegenwärtigen Situation vornehmen, nachdem die Gespräche von Präsident Anastasiades im Oktober unterbrochen worden waren. Dies geschah aufgrund der von der Türkei ausgesellten Navtex-Meldung und der Entsendung des türkischen Erkundungsschiffes ‚Barbaros‘ in die ausschließliche Wirtschaftszone Zyperns.

Der in der Navtex-Meldung angegebene Zeitraum lief am 30. Dezember ab und die ‚Barbaros‘ ging vor Famagusta vor Anker. Bis zum 31. Dezember hatte die Türkei noch keine neue Navtex-Meldung ausgestellt. Die griechisch-zypriotische Seite war jedoch nicht bereit, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, da eine zweite Vorbedingung nicht erfüllt worden war, wonach die Rückkehr der ‚Barbaros‘ durch eine verbindlichen Garantie ausgeschlossen werden müsse. In der Zwischenzeit wurde die Verlegung der Bohrarbeiten

durch ENI-KOGAS in das Amathusa-Feld von der türkisch-zypriotischen Seite kritisiert, welche eine Aussetzung der Bohrarbeiten oder die Einbeziehung der Gasfrage in die Friedensverhandlungen verlangt. Dies wird jedoch von der griechisch-zypriotischen Seite vehement abgelehnt.

Während eines Besuches des türkischen Europaminister Volkan Bozkir im Nordteil Zyperns betonte jener im Bezug auf die Gasfrage, dass die türkischen Zyprioten gleiche Rechte bei der Ausbeutung der sich vor Zypern befindenden Gasvorkommen hätten und dass die griechischen Zyprioten gegen internationales Recht verstießen, da die Interessen der türkischen Zyprioten nicht berücksichtigt würden. Bozkir fügte hinzu, dass die ‚Barbaros‘ bleiben werde, solange die griechischen Zyprioten ihre Bohrarbeiten fortsetzten.

Das türkische Außenministerium äußerte sich in ähnlicher Weise und wiederholte, dass die türkisch-zypriotische Seite eine rasche Wiederaufnahme der Friedensgespräche ohne Vorbedingungen erwarte. Der Stellungnahme zufolge sei die beste Option bei der Gasfrage die Aufnahme gemeinsamer Bohrungen unter Teilnahme beider Bevölkerungsgruppen, wie dies bereits 2011 und 2012 von Seiten der türkischen Zyprioten vorgeschlagen worden sei.

Die Zypernfrage wurde ebenfalls auf dem dritten Gipfeltreffen des türkisch-griechischen Kooperationsrates zwischen dem griechischen Premierminister Antonis Samaras und seinem türkischen Amtskollegen Ahmet Davutoglu am 6. Dezember in Athen angesprochen. Nach

Abschluss des Gipfels sagte Davutoglu während einer gemeinsamen Pressekonferenz, dass die Türkei bereit sei, die Gespräche schnellstmöglich wiederaufzunehmen. Zugleich verband er die Lösung der Zypernfrage mit einer Kooperation im Energiebereich zwischen Griechenland und der Türkei. Außerdem schlug der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu vor, dass er und sein griechischer Amtskollege Evangelos Venizelous gemeinsam nach Zypern kommen könnten, um getrennte Gespräche mit Nicos Anastasiades und dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Dervis Eroglu abzuhalten. Dieser Vorschlag wurde vom amtierenden Präsidenten Yiannakis Omirou abgelehnt. Präsident Anastasiades hielt sich zu diesem Zeitpunkt noch in New York auf, wo er sich einer Herzoperation unterzogen hatte.

Am 24. Dezember wurde inmitten der vorherrschenden negativen Atmosphäre auf der Insel die Bewegung ‚Federal Cyprus Movement‘ (FCM) ins Leben gerufen. Die Veranstaltung fand in dem Dorf Ayios Sozomenos statt. Gleichzeitig wurde eine Baumpflanzaktion durchgeführt, um allen Opfern des Zypernproblems zu gedenken. Die Mitglieder der FCM sind griechische und türkische Zyprioten, die glauben, dass die Schaffung eines Bewusstseins für ein föderales Zypern eine Vorbedingung zur Lösung des Zypernproblems ist. Die Bewegung hat weder eine politische Agenda, noch eine politische Zugehörigkeit. Langfristig ist eine Akademie in Planung, die Veranstaltungen und Vorträge zu föderalen Fragen organisiert.

In diesem Zusammenhang hielt die türkisch-zypriotische Abgeordnete Dogus Derya von der

Republican Turkish Party-United Forces (CTP-BG) auf einer Veranstaltung des FCM und im türkisch-zypriotischen Parlament eine Rede über eine föderale Lösung, in welcher sie betonte, dass eine Wiedervereinigung nur auf der Basis einer Aussöhnung möglich sei. Derya sagte, dass es notwendig sei, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und dass Menschen aller Bevölkerungsgruppen Zyperns während des Konflikts gelitten hätten. Sie ging sogar so weit, die gegen griechisch-zypriotische Frauen verübten Gräueltaten zu erwähnen. Dies rief heftige Reaktionen auf Seiten nationalistischer Gruppen hervor, die sogar damit drohten, sie umzubringen. Derya zufolge seien so viele Frauen Opfer von Vergewaltigung gewesen, dass die Kirche 1974 zum ersten Mal Abtreibungen zugelassen habe. Derya erstattete Anzeige aufgrund der Beleidigungen, Anschuldigungen und übler Nachrede in den sozialen Medien als Reaktion auf ihre Rede im Parlament.

Das Komitee für vermisste Personen in Zypern (CMP) gab bekannt, dass 2014 157 vermisste Personen identifiziert werden konnten. Dies ist bis dato die höchste Zahl seit dem Beginn der Arbeiten im Jahr 2006. Insgesamt hat das CMP an 934 Orten während der letzten acht Jahre ausgegraben, inklusive 24 Stellen, die sich innerhalb militärisch genutzter Gebiete im Norden befanden. Von den 2001 vermissten Personen konnten die Überreste von 564 Personen (430 griechische Zyprioten und 134 türkische Zyprioten) gefunden und identifiziert werden. 1078 griechische Zyprioten und 134 türkische Zyprioten gelten immer noch als vermisst. Im letzten Jahr wurden dem CMP 4.108.000 US-Dollar zur Verfügung gestellt. Davon wurden

46% für Ausgrabungsarbeiten, 32% zur genetischen Identifizierung und 22% für anthropologische Analysen verwendet. Für 2015 sagte die Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 100.000 Euro zu, wie bereits in den Jahren 2005 und 2008. Die deutsche Regierung betrachtet die Arbeit des CMP als einen äußerst wichtigen Beitrag zur Förderung des Friedensprozesses.

Am 4. Dezember beendete das bikommunale technische Komitee für kulturelles Erbe die Restauration der Moschee in Deneia. Die Moschee war das erste Mal nach 50 Jahren wieder für einen Gottesdienst geöffnet. Die Arbeiten an der Moschee begannen 2012. Auf einer Liste des technischen Komitees mit 40 ausgewählten Objekten mit dringendem Instandhaltungsbedarf stand die Moschee an erster Stelle. Die Finanzierung der Arbeiten wurde durch die „Partnerschaft für die Zukunft“ des Entwicklungsprogrammes der Vereinten Nationen (UNDP-PFF) gesichert.

2. Gasvorkommen

Der Energieminister gab am 19. Dezember bekannt, dass das italienisch-koreanische Konsortium ENI-KOGAS nicht genügend wirtschaftlich nutzbare Gasreserven bei den Erkundungsbohrungen in Block 9 des Onasagoras-Feldes vor Zypern gefunden habe. Die Ergebnisse waren sehr ernüchternd für die Regierung, welche große Hoffnungen für Block 9 hatte und angekündigt hatte, dass die Vorkommen in Block 9 noch umfangreicher seien als jene in

Block 12, in welchem das amerikanische Unternehmen Noble Energy beträchtliche Gasvorkommen gefunden hatte.

Die Ergebnisse der Bohrungen im Onasagoras-Feld zwingen die Regierung zu einem Kurswechsel, was den Bau einer milliardenschweren LNG-Anlage anbelangt hin zu kostengünstigeren Alternativen. Diese könnten unter anderem darin bestehen, Gas mit Hilfe einer Pipeline nach Ägypten zu liefern und somit das Aphrodite-Feld mit den momentan still gelegten ägyptischen LNG-Anlagen zu verbinden. Eine weitere Alternative wäre die Option, komprimiertes Gas (CNG) nach Südeuropa zu exportieren.

ENI-KOGAS wird als nächstes Anfang Januar Probebohrungen im ebenfalls in Block 9 gelegenen Amathusa-Feld innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone Zyperns vornehmen.

Am 8. Dezember fand ein Treffen zwischen Energieminister Giorgos Lakkotrypis und dem EU-Energieminister Maros Sefcovic statt, auf dem Lakkotrypis die Aufnahme der East-Med-Pipeline als EU-Vorhaben von gemeinsamem Interesse (Project of Common Interest – PCI) vorschlug. Zypern, Griechenland und Israel haben ein großes Interesse an der Realisierung des East-Med-Projektes, das mit Hilfe einer Unterseepipeline die drei Länder mit Europa verbinden und eine Alternative bei der Lieferung von Erdgas sein könnte. Die drei Länder erhoffen von Seiten der EU finanzielle Unterstützung und eine Machbarkeitsstudie für die Pipeline. Projekte die unter das PCI-Programm fallen, können finanzielle Hilfe bei der

Connecting Europe Facility beantragen, welche über ein Budget von rund 6 Milliarden Euro verfügt. Die meisten Experten gehen allerdings davon aus, dass die East-Med-Pipeline aufgrund der finanziellen, logistischen und geologischen Herausforderungen keine realistische Option darstellt. Die Kosten liegen schätzungsweise zwischen 10 und 15 Milliarden Euro.

Derweil könnten die derzeitigen Entwicklungen in Israel möglicherweise die Wettbewerbsfähigkeit des zypriotischen Gases verbessern. Die israelische Kartellbehörde kam zu dem Beschluss, die Monopolstellung von Noble Energy und der Delek Group, die gemeinsam 85% des Leviathan Gasfeldes und somit auch weitestgehend die nationalen Gasvorkommen kontrollieren, zu beenden. Dies und die Tatsache, dass Zypern und Israel Konkurrenten für Gaslieferungen nach Ägypten sind, könnten sich für Zypern vorteilhaft auswirken.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 18. Dezember suspendierte das Parlament die Verabschiedung der Gesetze zur Zwangsvollstreckung. Dieser Schritt dürfte die Glaubwürdigkeit des Landes schwächen und das wirtschaftliche Anpassungsprogramm verzögern. Die Entscheidung fiel, nachdem EDEK und DIKO vorschlugen, die Abstimmung auf Ende Januar zu verlegen. Damit sollte mehr Zeit für die Ausarbeitung eines Insolvenzrahmenverfahrens gewonnen werden, um ein Sicherheitsnetz für

die am meisten gefährdeten Gruppen zu schaffen. Die Regierungspartei DISY stimmte gegen den Gesetzesvorschlag, da das Rettungsprogramm dadurch gefährdet werde. AKEL hatte zuvor vorgeschlagen, dass die Verabschiedung des Gesetzes zur Zwangsvollstreckung bis Ende Juni verschoben werden sollte, was von allen anderen Parteien abgelehnt worden war. Das Insolvenzrahmenverfahren, das aus insgesamt fünf Gesetzen besteht, hätte ursprünglich Anfang Januar gleichzeitig mit dem Zwangsvollstreckungsgesetz in Kraft treten sollen. Bis dato wurden jedoch nur zwei Gesetzesvorschläge im Parlament zur Abstimmung vorgelegt.

Die Suspendierung des Gesetzes erfolgte einige Tage, nachdem Zypern 350 Millionen Euro aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) erhalten hatte. Die Zahlung war im September zurückgehalten worden, nachdem die Oppositionsparteien eine Reihe von Gesetzen verabschiedet hatten, die den Umfang des Zwangsvollstreckungsgesetzes hätten einschränken sollen. Als Antwort auf die Suspendierung des Gesetzes, verweigerte der Internationale Währungsfond die Auszahlung von weiteren 86 Millionen Euro, die Teil derselben Tranche sind.

Am 16. Dezember wurde nach einer Marathon-sitzung des Parlaments der Haushalt für 2015 mit 29 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen verabschiedet. 20 Abgeordnete der regierenden DISY, 8 der oppositionellen DIKO und einer von der regierenden EVROKO stimmten für das Gesetz. Die Oppositionsparteien AKEL, EDEK, die Grünen und die Bürgerallianz stimmten

dagegen. Der Haushaltsplan für 2015 sieht Einnahmen in Höhe von 5,928 Milliarden Euro vor im Vergleich zu 5,952 Milliarden Euro im Vorjahr, während sich die Ausgaben auf 6,662 Milliarden Euro im Vergleich zu 6,622 Milliarden Euro 2014 belaufen dürften.

Am 5. Dezember gab das Finanzministerium eine Lockerung der Kapitalverkehrskontrollen für inländische Banken bekannt. Demnach wurde der Höchstbetrag für normale Geschäftstransaktionen, die keiner Genehmigung bedürfen auf zwei Millionen Euro verdoppelt. Der Betrag, der monatlich ins Ausland transferiert werden kann wurde von 5.000 auf 10.000 Euro pro Person erhöht. Einzelpersonen können nun ebenfalls 6.000 Euro Bargeld mit ins Ausland nehmen.

Nach Angaben der zypriotischen Zentralbank stieg der Anteil der faulen Kredite im Oktober auf 49% des gesamten Kreditvolumens an, was 28,2 Milliarden Euro entspricht. Im September lag der Anteil bei 48,5%. Andererseits nahmen die Einlagen auf zypriotischen Banken im November verglichen mit dem Vorjahresmonat um 4,4% zu und lagen bei 45,8 Milliarden Euro. Zum ersten Mal seit Mai 2014 konnte eine Einlagenerhöhung verzeichnet werden.

Innenpolitische Entwicklungen

Präsident Nicos Anastasiades kehrte am 21. Dezember nach Zypern zurück, nachdem er sich einer Herzoperation im New Yorker Mount Sinai Krankenhaus unterzogen hatte. Nach Angaben des behandelnden Herzspezialisten David Adams seien die Ursachen für die gesundheitli-

chen Probleme vollständig beseitigt worden und somit könne sich der Präsident wieder seinen Amtsgeschäften widmen.

Bei seiner Rückkehr gab Anastasiades bekannt, dass er eine radikale Umgestaltung bei der Struktur seiner Präsidentschaft beabsichtige. Dies beinhaltet eine Regierung, die auf einer breiten Akzeptanz basiere und eine Änderung der Arbeitsweise innerhalb des Präsidentenpalastes. Dies könnte als ein Versuch des Präsidenten gewertet werden, sich der Unterstützung der anderen Parteien, zumindest der von DIKO, zu vergewissern im Hinblick auf die Herausforderungen, welcher sich die Regierung 2015 gegenüber sieht. Dies sind vor allem die Umsetzung des Zwangsvollstreckungsgesetzes, die Verabschiedung von Gesetzen für eine gesetzliche Krankenversicherung und die Privatisierung halbstaatlicher Unternehmen.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die Europäische Kommission genehmigte ein neues, jährliches finanzielles Hilfsprogramm für die türkisch-zypriotische Bevölkerungsgruppe in Höhe von 32,96 Millionen Euro. Die Finanzhilfe soll die Bemühungen um Aussöhnung in Zypern unterstützen. Der Europäischen Kommission zufolge sollen die Gelder zur Integration beider Volkswirtschaften und zur Verbesserung der interkommunalen Beziehungen eingesetzt werden. EU-Kommissarin für Regionalpolitik Corina Cretu sagte, dass dies ein Beweis dafür

sei, dass die EU entschlossen für eine Lösung des Zypernproblems eintrete. Gleichzeitig sei dies auch eine klare Stellungnahme, dass eine Vereinbarung in den Augen der EU nur dadurch zustande kommen könne, dass die türkisch-zypriotische Bevölkerung näher an die EU gebracht werde und eine Integration beider Volkswirtschaften stattfinde. Zudem werde die Europäische Kommission die Arbeit des Komitees für vermisste Personen sowie das technische Komitee für kulturelles Erbe weiterhin unterstützen.

Das türkisch-zypriotische Parlament verabschiedete den Haushaltsplan 2015, der sich auf 4,96 Milliarden Türkische Lira (1,8 Milliarden Euro) beläuft. Der Leiter des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Budget und Planung, der CTP-BG Abgeordnete Birikim Ozgur, betonte die Notwendigkeit für die Regierung 2015 sich auf Strukturreformen zu konzentrieren und eine Reihe von Reformen durchzuführen. Demzufolge sei 2015 ein Jahr, in welchem sich der Staat ‚einem notwendigen Eingriff‘ unterziehen müsse und die bereits laufenden Einsparungsmaßnahmen im Haushalt fortgesetzt werden müssten. Mit Hinblick auf die Notwendigkeit, sich auf eine mögliche Lösung des Zypernproblems vorzubereiten, betonte Ozgur, dass es wichtig sei, die türkisch-zypriotische Wirtschaft so voranzubringen, dass sie auf eigenen Beinen stehen könne. Dies könne nur durch radikale Kürzungen von maßlosen, verschwenderischen und unnötigen Ausgaben im öffentlichen Haushalt erreicht werden.

Die Regierung suspendierte die Auszahlung des Teuerungsausgleiches für die Angestellten des

öffentlichen Dienstes und Rentner für das Jahr 2015. Die dadurch eingesparten Gelder sollen in gleichem Maße für Gehalts- und Rentenerhöhungen verwendet werden. Finanzminister Zeren Mungan zufolge beabsichtige die Regierung dadurch eine Verbesserung bei den unteren Einkommensgruppen.

Der Arbeitslosenanteil im letzten Quartal 2014 war 17,8% höher als im Vorjahreszeitraum. Nach neuesten Angaben des Arbeitsministeriums liegt der Anteil der Frauen innerhalb der Arbeitslosen bei 62%, wobei die Arbeitslosigkeit im Norden bei insgesamt 9,6% liege.

Informationen der Immobilienmakler-Vereinigung zufolge haben während der letzten drei Jahre 17.000 Ausländer – mehrheitlich russische und deutsche Staatsbürger – Immobilien im Norden der Insel erworben.

Innenpolitische Entwicklungen

Ahmet Kasif, Hamit Bakirci und Ergun Serdaroglu traten im Dezember der National Unity Party (UBP) bei, nachdem sie die Democratic Party-National Forces (DP-UG) verlassen hatten. Kasif und Serdaroglu waren unter den acht Abtrünnigen innerhalb der UBP, welche 2013 die damalige Regierungspartei zu vorgezogenen Neuwahlen zwangen. Aus diesem Grund waren nicht alle Mitglieder der UBP erfreut über die Rückkehr von Kasif und Serdaroglu. Nun ist die Sitzverteilung im türkisch-zypriotischen Parlament wie folgt: Regierungsparteien: CTP-BG 21, DP-UG 8, Opposition: UBP 18 und die Sozialdemokraten (TDP) 3. Das Überlaufen der drei Abgeordneten hat nicht nur

die Sitzverteilung im Parlament geändert, sondern auch finanzielle Folgen für die DP-UG. Die Parteien bekommen monatlich 8.475 Türkische Lira (3.070 Euro) an finanzieller Zuwendung pro Abgeordneten. Das bedeutet einen jährlichen finanziellen Verlust von 110.000 Euro für die DP-UG durch den Abgang der drei Abgeordneten. Da die Parteimitglieder keine Mitgliedsgebühren entrichten, sind die staatlichen Zuwendungen lebenswichtig für die Finanzierung der Parteien im Nordteil der Insel.

Nachdem das türkische Umweltministerium die Umweltverträglichkeitsprüfung zum Bau einer Atomkraftanlage in Akkuyu (Mersin) an der türkischen Mittelmeerküste, ca. 150 km von der Karpasia Halbinsel entfernt, genehmigte, haben eine Reihe von türkisch-zypriotischen Umweltorganisationen und Politiker Bedenken geäußert. Außerdem haben 22 zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften und drei politische Parteien die Gründung der ‚No to Nuclear‘-Plattform angekündigt. Die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung durch die türkische Kammer für Umwelttechnik zeigen, dass Zypern als erstes Land von einem nuklearen Störfall betroffen sein würde. Der Baubeginn der Atomanlage ist für 2016 vorgesehen, 2023 soll die Anlage in Betrieb genommen werden. Das staatliche russische Unternehmen Rosatom ist mit dem Bau beauftragt worden.

Wehrdienstverweigerer Haluk Selam Tufanli musste für 10 Tage ins Gefängnis, nachdem das Militärgericht ihn ‚der Nichtfolgeleistung des Einberufungsbefehls‘ für schuldig befunden hatte. Tufanli hatte sich 2011 geweigert, an

einer eintägigen Übung teilzunehmen. Anfang 2014 wurde Murat Kanatli aus demselben Grund zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Januar

--- keine Veranstaltungen ---



Februar



Freitag 27.2. und Samstag 28.2. 2015

CAD / FES
Konferenz

Turkey and Cyprus Regional Peace & Stability

USAK, Ankara, Türkei

Nicht öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Sertac Sonan, Yiannis
Charalambous, Sophia Papastavrou und Ute
Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:
Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com